

## Bundesregierung soll Finanzierung der Weiterbildung sichern

### VAKJP begrüßt Forderung des Bundesrates

Berlin, 29. September 2023: Der Bundesrat hat heute einen Entschließungsantrag ([BR-Drs. 403/23](#)) angenommen, mit dem er die Bundesregierung auffordert, die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung zu sichern. Die VAKJP begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Bundesrates.

„Mit dem Beschluss der Bundesländer kommt endlich mal ein klares Signal aus der Politik. Jetzt ist es an der Bundespolitik, zu handeln. Eine gesetzliche Regelung, wie Weiterbildungsplätze gesichert finanziert werden, ist längst überfällig! Sie muss spätestens mit dem ersten Versorgungsgesetz umgesetzt werden“, fordert Bettina Meisel, Vorsitzende der Vereinigung für analytische und tiefenpsychologisch fundierte Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie (VAKJP).

Dieser Handlungsbedarf wurde immer wieder gegenüber der Bundesregierung geäußert, zuletzt in einer Petition, die Anfang Juli 2023 im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung beraten wurde. „Es geht hier um die Qualifizierung von Psychotherapeut\*innen und damit um die qualifizierte psychotherapeutische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Psychische Erkrankungen bedeuten neben großem persönlichem Leid auch langfristig hohe Kosten und Entwicklungshemmnisse für die Gesellschaft“, erläutert Anette Müller, stellv. Vorsitzende der VAKJP.

Ohne eine ausreichende Finanzierung wird es keine ausreichenden Weiterbildungsstellen für Psychotherapeut\*innen geben. Der Abschluss einer Weiterbildung zur Fachpsychotherapeut\*in im Anschluss an das Approbationsstudium ist aber Voraussetzung für die Niederlassung in einer ambulanten Praxis und die Abrechnung mit der gesetzlichen Krankenversicherung. „Die Finanzierung der Weiterbildung für Fachpsychotherapeut\*innen ist eine lohnende Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft!“ bekräftigt Bernhard Moors, stellv. Vorsitzender der VAKJP.

### Zum Hintergrund

Auf den dringenden Handlungsbedarf wurde bereits mit einer Bundestagspetition aufmerksam gemacht, die Anfang Juli 2023 im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung beraten wurde. Der Student Felix Kiunke hatte mit der Unterstützung eines breiten Bündnisses aus Studierenden der Psychologie und

Psychotherapie und der Psychotherapeutenschaft verdeutlicht, dass die Finanzierung der Weiterbildung gesetzlich geregelt werden muss, um den psychotherapeutischen Nachwuchs nicht zu gefährden.

**Links:**

Entschließungsantrag des Bundesrats: <https://dserver.bundestag.de/brd/2023/0403-23.pdf>

Empfehlung der Ausschüsse im Bundesrat:

[https://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/1036/erl/14.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/1036/erl/14.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Pressemappe zur Petition:

[https://api.bptk.de/uploads/Pressemappe\\_2023\\_06\\_29\\_89983bba7d.pdf](https://api.bptk.de/uploads/Pressemappe_2023_06_29_89983bba7d.pdf)

**Kontakt:**



Vereinigung für analytische und tiefenpsychologisch fundierte Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie in Deutschland e.V. gegr. 1953

Helmholtzstr. 13 / 14  
D - 10587 Berlin

· Telefon (030) 398 814 14  
· Telefax (030) 398 814 16

· [geschaeftsstelle@VAKJP.de](mailto:geschaeftsstelle@VAKJP.de)  
· [www.VAKJP.de](http://www.VAKJP.de)

Kontakt auch über: Kerstin Graupner, [k.graupner@hamburglive.com](mailto:k.graupner@hamburglive.com) mobil 0171 5329633